



Absender: Zentralbereich

Vorlage-Nr.: 2007/0543

Veranlasser / Verursacher
FDP

Datum: 18.04.2007

Aktenzeichen:

Berichtsvorlage

Berichts Antrag der FDP-Fraktion vom 19.03.2007 zu Belastungen durch die „Unterrichtsgarantie Plus“

Beratungsfolge:

| Gremium | am | Top | Status |
|----------------|------------|------------|------------------|
| Kreisausschuss | 25.04.2007 | 13.3 | nicht öffentlich |
| Kreistag | 16.05.2007 | 11 | öffentlich |

Dem Kreistag ist folgender Bericht zuzuleiten:

BERICHT

Zu den Fragen der FDP-Fraktion wird wie folgt Stellung genommen.

Sachverhalt:

- 1. Wie hoch ist zeitliche Belastung, die von den Verwaltungen der Schulen im Landkreis Kassel für die Administration der „Unterrichtsgarantie Plus“ zu leisten ist (falls nicht exakt bestimmbar, bitte schätzen)?*

Durch die sog. „Unterrichtsgarantie Plus“ werden die Schulsekretariate mit zusätzlichen Arbeiten belastet. Eine flächendeckende Erhebung hat hier noch nicht stattgefunden. Eine solide Schätzung ist ebenfalls nicht möglich. Exemplarisch kann jedoch die Gesamtschule Ahnatal in Vellmar genannt werden, bei der wegen der

„Unterrichtsgarantie Plus“ allein in den Monaten September und Oktober 2006 37 Überstunden im Verwaltungsbereich angefallen sind.

Die „Unterrichtsgarantie Plus“ ist jedoch nicht die einzige Ursache, die zu erheblichen Mehrbelastungen der Schulsekretärinnen – insbesondere im Grundschulbereich – führt. Die LUSD-Software (Lehrer- und Schülerdatei), die Ausweitung von Ganztags- und Betreuungsangeboten, der „Schul-TÜV“ und auch das Projekt „Eigenverantwortliche Schule“ tragen zu der immer angespannter werdenden Situation bei.

2. Wer leistet an den Schulen die entsprechende Verwaltungsarbeit (vom Landkreis Kassel oder vom Land Hessen angestellte Kräfte)?

Die Arbeiten werden überwiegend von den Schulsekretärinnen geleistet. Obwohl der Landkreis als Schulträger nach dem Hess. Schulgesetz nur zur Übernahme der Kosten für die „äußere Schulverwaltung“ verpflichtet ist, stellt das Land Hessen die notwendigen Personalressourcen für die aus Sicht des Kreisausschusses auch der „inneren Schulverwaltung“ zuzurechnenden Tätigkeiten nicht zur Verfügung. Insofern gibt es vor Ort in unterschiedlicher Ausprägung Spannungen zwischen den Schulleitungen und den Kreismitarbeiterinnen bezüglich der Frage, wer denn die Mehrarbeit zu leisten hat.

Initiativen über den Hess. Landkreistag, hier mit dem Land eine Klärung herbeizuführen, waren bisher erfolglos.

3. Welche Mehrkosten entstehen für den Landkreis Kassel durch die zusätzlichen Aufwendungen seitens des Landes (basierend auf Frage 1 in Verknüpfung mit Stundenlöhnen)?

Da bezüglich der Personalbemessung noch nicht reagiert wurde (lediglich die Mehrstunden für LUSD-Fortbildungen sollen zusätzlich bezahlt werden), gibt es noch keine quantifizierbaren Mehrkosten. Der Bereich der Schulsekretariate wurde aus den genannten Gründen jedoch aus dem Haushaltssicherungskonzept des Landkreises herausgenommen. Einsparungen kann es dort sicher nicht geben; umgekehrt fehlen allerdings für Arbeitszeitaufstockungen die stellenplanmäßigen Rahmenbedingungen.

4. Falls Mehrkosten entstehen: Werden diese vom Land erstattet?

Das Land ist nicht bereit, die entstehenden Mehraufwendungen zu tragen, verweist auf das Hess. Schulgesetz und hat gegenüber dem Schwalm-Eder-Kreis, der in dieser Frage gegenüber Kultusministerin Karin Wolff initiativ geworden ist, seine Erwartung ausgesprochen, dass die Schulträger „im Sinne einer funktionierenden Schullandschaft ihren Aufgaben ordnungsgemäß nachkommen und die Schulen sachlich sowie personell ausreichend unterstützen“.

Anlage/n:

| Beschreibung |
|---------------------|
|---------------------|

| |
|--|
| Berichtsantrag der FDP-Fraktion vom 19.03.2007 zu Belastungen durch die "Unterrichtsgarantie Plus" |
|--|